

Hannover, 24.11.09

Dringlichkeitsantrag gemäß § 11 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover in die Ratsversammlung am 10.12.2009

Resolution zum Bildungsstreik 2009 und der Besetzung des Audimax

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover möge beschließen:

Der Rat der Stadt Hannover erklärt sich solidarisch mit den streikenden Studierenden an der Leibniz Universität Hannover und unterstützt ihre unten aufgeführten Forderungen der BesetzerInnen im Audimax. Der Rat ruft alle hannoverschen Studierenden dazu auf, sich am Bildungsstreik zu beteiligen.

Begründung

Am Mittwoch, 18.11.2009 hat eine Vollversammlung der hannoverschen Studierenden im Rahmen des Bildungsstreiks eine Besetzung des Audimax beschlossen. Eine Räumung des Präsidiums konnte bislang abgewendet werden.

Die konkreten Forderungen der BesetzerInnen im Audimax der Leibniz Universität Hannover an das Präsidium der Universität Hannover lauten wie folgt:

- Abschaffung der Studiengebühren.
- Das Präsidium der Universität soll gemeinsam mit den Studierenden kreative Lösungen durchsetzen, um das Problem Studiengebühren zu umgehen. Zum Beispiel durch die Vergabe von Stipendien an alle beitragszahlenden Studierenden in Höhe von 500€/Semester.
- Freier Zugang zur Universität, Studienplatzwahl nach Interesse statt nach NC.
- Durchsetzung des Master-Regelabschlusses für alle Bachelor-Studiengänge (ausreichendes Studienplatzangebot, Abschaffung der Zugangsquoten für Masterstudiengänge, keine NC-Bestimmungen).
- Erhalt der Universität Hannover als Volluniversität. Wiedereinführung kürzlich abgeschaffter Studiengänge.

- Eine Diskussion über und Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Ökonomisierung der Universität Hannover und speziell der Lehre.
- Abbau der gesamten Kameraüberwachung innerhalb der Lehrgebäude und des gesamten Unigeländes.
- Die Abschaffung von Anwesenheitslisten an allen Fakultäten.
- Aufgabe der unnötigen Fleiß- und Leistungskontrolle durch das Credit-Point-System und massive Schreibaarbeit. Die Masse an Studien- und Prüfungsleistungen ist nicht sinnvoll und für die Studierenden belastend.
- Nebenfächer aus Bachelor (z.T. sehr fachfremd) dürfen nicht in die Abschlussnote des Bachelors einfließen. Bestehen ist ausreichende Voraussetzung für den Abschluss des Bachelors.
- Freie Fächerkombination bei Bachelor-Studiengängen.
- Möglichkeit des Monobachelors für alle Fächer, kein Nebenfachzwang.
- Abschaffung der prekären Beschäftigungssituation angehender AkademikerInnen; Einführung von ausschließlich unbefristeten Arbeitsverträgen für Dozierende.
- Aufstockung des Lehrpersonals zur Vermeidung von überfüllten Veranstaltungen und Vergrößerung des Lehrangebots.
- Verbesserung der Studienberatung durch fest angestellte Fachkräfte.
- Öffnung aller universitären Gremiensitzungen für die Hochschulöffentlichkeit.
- Demokratische Mitbestimmung stärken (Viertelparität, Abschaffung des Hochschulrates).
- Das Audimax steht in der Zeit der Besetzung unter studentischer Selbstverwaltung.
- Die Räumungs- und Anzeigedrohung des Präsidiums wird zurückgezogen.

Oliver Förste
 Stv. Fraktionsvorsitzender